



Politischer Informationsdienst aus Berlin
für den Wahlkreis 119 - Essen II -
Herausgegeben von Jutta Eckenbach MdB (CDU)

Sitzungswoche vom 10.02.2014 bis 14.02.2014



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

diese ausklingende Sitzungswoche wurde beherrscht von der Diskussion um die geplante Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung, den sog. Diäten. Am heutigen Freitag fand die dazugehörige Aussprache statt. Viele Argumente des Für und Wider wurden hervorgebracht. All diese werden in den kommenden Aussprachen in den Ausschüssen und Anhörungen Berücksichtigung finden. Grundlage des vorliegenden Gesetzentwurfes ist der Bericht einer unabhängigen Kommission aus dem vergangenen Jahr. Gern stelle ich Ihnen diesen Bericht zum Nachlesen zur Verfügung. Wenden Sie sich für den Bezug an meine Mitarbeiter.

In dieser Woche widmete ich mich erneut der Fragestellung zur Armutszuwanderung, ein Thema das weiterhin sehr intensiv diskutiert wird. Besonders vor dem Hintergrund, dass die Zuwanderung gerade von Menschen aus Osteuropa für große Spannungen sorgt. In einer fraktionsinternen Gesprächsrunde trafen sich die Abgeordneten aus Wahlkreisen, in denen diese Frage eine große Rolle spielt. Es ist nun zu überlegen, wie die im Koalitionsvertrag vereinbarten Mittel zielgenau eingesetzt werden können. Wichtig ist dabei, dass die Sozialsysteme nicht noch mehr zu belastet werden.



Jahresempfang

©Hüseyin Islek

Informativ war in diesem Zusammenhang auch der Jahresempfang der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung in der Landesvertretung NRW.

Weitere Themen und Erlebnisse dieser Sitzungswoche finden Sie auf den folgenden Seiten.
Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre und ein schönes Wochenende!

Ihre

Jutta Eckenbach

In dieser Ausgabe:

Die „Pille danach“	2
Ursula von der Leyen MdB bei der Gruppe der Frauen	2
Einsetzen des Ausschusses Digitale Agenda	2
Besuch der Unesco-Schule im Bundestag	3
Mehr Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe 2012	3

Terminankündigung

Vom **12. bis 16. Mai 2014** findet auf Initiative von Jutta Eckenbach MdB die Wanderausstellung „Deutscher Bundestag“ im Leibniz-Gymnasium in Essen statt.

Die „Pille danach“

In dieser Woche debattierte der Deutsche Bundestag zudem über die Aufhebung der Rezeptpflicht für die „Pille danach“. Nach Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sollte an der Rezeptpflicht festgehalten werden, da nur damit eine fachärztliche Beratung verbunden ist. Die Opposition sieht an den Wochenenden und auf dem Land eine Versorgungslücke und befürwortet daher einen rezeptfreien Verkauf. Diese Argumentation ist jedoch nicht stichhaltig. Auch an Wochenenden und in ländlichen Gebieten stehen den Frauen durch den ärztlichen Bereitschaftsdienst und die Krankenhausambulanzen jederzeit Anlaufstellen zur Verfügung. Zudem hat eine rezeptfreie Abgabe rein gar nichts mit dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen zu tun. Für eine Förderung der Selbstbestimmung insbesondere der jungen Frauen und Mädchen sind verstärkte Aufklärung über Verhütungsmethoden und deren Nutzung der bessere Weg.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen MdB bei der Gruppe der Frauen im Deutschen Bundestag

Es war beeindruckend, wie die „Neue“ und „Erste“ Verteidigungsministerin Frau Ursula von der Leyen MdB Stellung zu verschiedenen Fragen zum Afrika Einsatz der Bundeswehr Stellung nahm.

Sie machte deutlich, dass es sich nicht um einen Kampfeinsatz, sondern um den Aufbau und Hilfestellung in den unterschiedlichen Krisengebieten Afrikas handelt. Seit 13 Jahren ist die Bundeswehr im Rahmen des UN-Bündnisses in Afrika tätig. Alle diese Einsätze dienen und dienen der Stabilisierung der Länder.

Die Ministerin machte darüberhinaus deutlich, dass die Bundeswehr sich neben den Einsätzen auch den Herausforderungen wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Psychologischen Betreuung von Kindern und Familienangehörigen stellen muss.

Dass sie als Verteidigungsministerin in Deutschland größere Ressentiments verspürt, gerade von Männern, habe sie zum Teil unterschätzt. Im Ausland spiele die Frage „Mann“ oder „Frau“ keine Rolle. Die Herausforderung nimmt sie gerne, auch im Interesse der Frauen, an.



Einsetzung des Ausschusses Digitale Agenda.

Mit einem interfraktionellen Antrag setzten wir am Donnerstag einen Ausschuss Digitale Agenda ein, so wie es zu Beginn der Wahlperiode vereinbart worden war. Der Bundestag hat damit künftig einen zentralen Ausschuss eingesetzt, um auch für den Bereich Neuer Technologien auf internationaler Ebene eine Führungsrolle einzunehmen.

Besuch der Unesco-Schule im Bundestag

Am Mittwoch besuchten 50 Schülerinnen und Schüler den Deutschen Bundestag. Sie nahmen an einem Vortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaals teil.

Anschließend hatte ich die Möglichkeit, mit ihnen über die Arbeitsweise des Bundestages und speziell über das Tun eines Abgeordneten zu sprechen.

Fragen „Warum sind Sie in der CDU?“, „Was meinte die Bundeskanzlerin als sie sagte, das In-



ternet sei neu für sie?“ waren nur einige Aspekte, die wir besprachen. Leider mussten wir auch feststellen, dass die Zeit in Berlin nicht ausreichte, so dass ich gern mein Versprechen einlösen werde und noch einmal in der Unesco-Schule in Essen vorbeischaue.

An dieser Stelle bedanke ich mich, bei den engagierten Lehrerinnen und Lehrern, die den Schülerinnen und Schülern einen interessanten Einblick in die Arbeit unseres Parlamentes ermöglichten.

Öffentliche Hand gab 2012 rund 32,2 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe aus

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, gaben Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2012 insgesamt rund 32,2 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe aus. Damit sind die Ausgaben gegenüber 2011 um 5,6% gestiegen. Der größte Teil der Bruttoausgaben (63%) entfiel mit rund 20,4 Milliarden Euro auf die Kindertagesbetreuung, 7,0% mehr als 2011. Mit 25 % der Bruttoausgaben - insgesamt mit mehr als 8,2 Milliarden Euro - wendete die öffentlichen Träger Hilfen zur Erziehung auf. Davon entfielen etwa 4,5 Milliarden Euro auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder anderen betreuter Wohnformen. Die Ausgaben für sozialpädagogische Familienhilfen lagen bei 759 Millionen Euro.

Weitere gut 5% der Gesamtausgaben wurden in Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendarbeit investiert, zum Beispiel in außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugendherbergen oder in Jugendzentren. Bund, Länder und Gemeinden wendeten dafür rund 1,6 Milliarden Euro auf. Weitere Informationen erhalten Sie auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes www.destatis.de.